

KOREA

# Angst vor Granatregen

Der Irakkrieg und der Nordkoreakonflikt haben der südkoreanischen Antikriegsbewegung viel Zulauf gebracht. Mittlerweile gibt es erste Zeichen der Entspannung zwischen Pjöngjang und Washington.



Spannungsfeld im Atomkonflikt: die Grenze zwischen den beiden Koreas.

(Foto: epa)

In einem sind sich die AntikriegsdemonstrantInnen in Südkorea wenigstens einig: Zwar sei der Irakkrieg vorbei, der Kampf der koreanischen Antikriegsbewegung aber noch lange nicht. Der nächste Krieg drohe bereits, und zwar in unmittelbarer Nähe.

Als sich der UN-Sicherheitsrat vor kurzem mit dem nordkoreanischen Atomprogramm beschäftigte und sich wegen des Widerstandes Russlands und Chinas zu einer Verurteilung des Landes nicht entschließen konnte, sprach die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA bereits von einer "schweren Provokation" und vom "Vorspiel zum Krieg". Der Irakkrieg habe gezeigt, dass eine Militäraktion nur verhindert werden könne, "wenn man über eine physikalische Abschreckung verfügt".

Noch deutlicher wurde zuvor die Zeitung "Rodong Shinmun", das Zentralorgan der Partei der Arbeit. Sanktionen des Weltsicherheitsrates würden als "direkte Kriegserklärung" gewertet, und man könne sich auch einen militärischen Erstschlag vorstellen. Für den Fall eines Krieges drohte vor kurzem der nordkoreanische Staatsrundfunk, die koreanische Halbinsel werde in eine "Urne voller Asche" verwandelt werden.

Aber nicht nur die Nordkoreaner, sondern auch die USA geben sich hart, obwohl die Regierung Bush betont, den Konflikt diplomatisch beilegen zu wollen. Erst kürzlich wurden F-117-Tarnkappenbomber nach Südkorea verlegt, und auf der Insel Guam

stehen Langstreckenbomber der Typen B 52 und B 1 bereit.

Zwar sieht die Energieentwicklungsorganisation für Korea (Kedo) laut Pressemeldungen in dem Atomstreit zwischen Washington und Pjöngjang positive Signale, da Nordkorea von seinem Beharren auf direkten Verhandlungen mittlerweile abgewichen ist. Dennoch betrachten viele Südkoreaner den Norden als eines der nächsten potenziellen Ziele in Bushs Kampf gegen "das Böse". "Da helfen die ständigen Bemühungen der südkoreanischen Regierung, das Problem zu verharmlosen, auch nicht mehr", sagt Kim Yung-chan, ein Führungskader der linken Jugendorganisation "Da-Hamkke" (Alle gemeinsam). "Die Menschen hier brauchen einfach die Sicherheit, dass am nächsten Tag nicht nordkoreanische Granaten auf Seoul herabregnen."

## "Das Böse" im Norden

Trotzdem bewerten die südkoreanischen Medien das Verhalten des Nordens zurückhaltend. Das könnte auch daran liegen, dass die Vorhersagen der vergangenen Monate, die Volksrepublik werde wieder und wieder provozieren, nicht immer eingetroffen sind. Die Tageszeitung "JoongAng Ilbo" vermutet, Nordkoreas Präsident Kim Jong-il habe seit den militärischen Erfolgen der USA im Irak schlicht Angst um die Zukunft seines Regimes.

Es gibt aber außer der Angst vor einem Krieg gegen Nordkorea noch einen anderen Grund, der viele Demonst-

rantInnen in Südkorea umtreibt: ein vom Parlament Anfang April verabschiedetes Gesetz, das die Entsendung 700 südkoreanischer Soldaten zur technischen und medizinischen Unterstützung der Briten und Amerikaner im Irak erlaubt.

Kamen zu einer Demonstration gegen den geplanten Irakkrieg im vergangenen Oktober in Seoul nur 400 Menschen, so sorgten der Krieg und die Diskussion über eine Beteiligung Südkoreas für tägliche Massenaktionen. Fast ohne Vorbereitung versammelten sich zum Kriegsbeginn mehr als 10.000 Menschen, um gegen den Angriff zu protestieren. Der wichtigste Grund für diese Mobilisierung war dabei die Ankündigung des Präsidenten Roh Moo-hyun, eigene Truppen in den Mittleren Osten zu verlegen.

Wenige Wochen zuvor hatte der frisch gewählte Präsident noch verlauten lassen, unter keinen Umständen werde Südkorea einen Angriffskrieg der USA unterstützen. Der Krieg sei auf jeden Fall ungerecht, hieß es damals zur Begründung. Doch nur wenig später war plötzlich die Rede davon, dass eine Unterstützung der gewaltsamen Entwaffnung Iraks im "nationalen Interesse Koreas" liege.

Umgehend kam es zu riesigen Protestaktionen. Täglich demonstrierten Tausende vor dem Parlamentsgebäude und sorgten dafür, dass die Antiaufruhrpolizei im Dauereinsatz blieb. Schriftsteller, Studenten, buddhistische Mönche, Gewerkschafter, Schau-

spieler, Popsängerinnen und Rockstars gingen auf die Straße und forderten die Rücknahme der Gesetzesvorlage. Stundenlang wurden die Zugänge zum Parlamentsgebäude blockiert, Studenten besetzten die Parlamentslobby, viele Abgeordnete konnten nicht passieren. Eine der wichtigsten Brücken über den Fluss Han wurde blockiert, Taxifahrer veranstalteten Autokorsos mit Hupkonzerten.

Selbst die über 20.000 Mitglieder des eigentlich als gemäßigt geltenden Gewerkschaftsverbandes KFTU demonstrierten gegen das geplante Gesetz. Und sogar zehntausende Mitglieder von Präsident Rohs Wahlbündnis Nasamo kündigten an, bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr keine der koreanischen "Kriegsverbrecherparteien" zu wählen, sollte das Truppenentsendegesetz verabschiedet werden.

## Unüberhörbare Wut

Seither sind die Wut und die Empörung nicht mehr zu überhören. Kim Seok-jin, ein Student an der Nationaluniversität Seoul, sagt: "Das ist es, was die da oben unter Demokratie verstehen. Einmal alle fünf Jahre dürfen wir ein Kreuzchen auf dem Wahlzettel machen, danach aber sollten wir am besten bis zum nächsten Wahlkampf das Maul halten."

Die Regierung versucht indes, die Proteste einzudämmen. Eine Demonstration, die als Auftakt der Aktionstage der Studenten gegen den Irakkrieg dienen sollte, wurde verboten, was die Betroffenen aber nicht davon abhielt, in Seouls Innenstadt den Verkehr zum Erliegen zu bringen. Auf einer anderen Demonstration gingen die Antiaufruhrreinheiten brutal gegen mehrere tausend Demonstranten vor, die sich in der Nähe des Parlamentsgebäudes versammelt hatten, um gegen das Entsendegesetz zu protestieren. Joh Ji-yeong, eine Sprecherin der linken Demokratischen Arbeiterpartei, sagte: "Diesen Kampf haben wir verloren, aber es ist keine totale Niederlage, denn jetzt wird für jeden klar, was diese Regierung unter Demokratie versteht!" Kurz darauf wurde sie von der Polizei zusammengeschlagen.

Christian Karl

Christian Karl ist Sozialarbeiter und schreibt unter anderem für die "Jungle World".

